



## Milchbauern und Politik diskutieren Perspektiven des Milchmarktes

Milchbauern und Politik diskutieren Perspektiven des Milchmarktes  
Anhörung im EU-Parlament zum Ende der Milchquote  
"Die Milchbauern benötigen einzelbetriebliche Entwicklungsperspektiven, die sie mit unternehmerischen Freiheiten erreichen können. Das Ende der staatlichen Mengenregulierung darf deshalb nicht in Frage gestellt werden. Hierin liegt vielmehr eine Chance für uns Milchbauern!" Das betonte Alfred Enderle, Milchbauer aus dem Oberallgäu und als Präsident des BBV-Bezirksverbandes Schwabing als Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (DBV), anlässlich einer Expertenanhörung im Europäischen Parlament zu den Perspektiven des Milchsektors.  
Enderle erläuterte bei der Anhörung stellvertretend für die deutschen Milchproduzenten, dass die Milchbauern anlässlich des Auslaufens der Milchquote zum 31. März 2015 trotz derzeit schwieriger Marktentwicklung zuversichtlich in die Zukunft blicken. Bereits mit der Entkopplung der Direktzahlungen und der allgemeinen Marktorientierung der europäischen Agrarpolitik mussten sich die Milchbauern seit Jahren auf einen stärkeren Wettbewerb einstellen. Mit den Molkereien verstärkten sie das Marketing erfolgreich auf regionalen wie auf nationalen und internationalen Märkten. Milchprodukte aus Deutschland seien gefragt. Nicht zuletzt wegen der hohen Standards in der Lebensmittelsicherheit, bei der Qualitätskontrolle und beim Tierschutz würden sie einen guten Ruf genießen. Hier liege eine Chance für die deutschen Milchbauern, diese Standards verstärkt wertschöpfungsorientiert einzusetzen und in der Zeit nach der Quote neue Absatzmärkte zu sichern, erklärte Enderle.  
Als Milchbauer mit einem Betrieb in einem von den natürlichen Umständen her benachteiligten Berggebiet forderte Enderle von der Politik Rahmenbedingungen, die die Milcherzeuger in ihrer betrieblichen Entwicklung und unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten fördern. Dazu gehöre die politische Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte auch in Ländern außerhalb der EU. Notwendig sei auch die Schaffung eines unteren Sicherheitsnetzes in Form der Privaten Lagerhaltung und öffentlicher Interventionen in Krisenfällen.  
"Wettbewerbsverzerrende Regulierungen, eine überzogene Bürokratie und einseitige kostensteigernde Vorgaben in den Bereichen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz durch die nationale oder EU-Politik beschleunigen den Strukturwandel bei den Milchbauern wie in der Landwirtschaft generell, da dadurch vor allem kleine und mittlere Betriebe aus der Produktion ausscheiden müssen", betonte Enderle.  
Autor  
Deutscher Bauernverband  
Copyright DBV  
DBV-Pressestelle  
Claire-Waldoff-Str. 7  
10117 Berlin  
Telefon 030-31904-239  
e-mail presse@bauernverband.net  
Homepage www.bauernverband.de  
pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pintr\_=587117" width="1" height="1">

### Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

### Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.